



## Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 9  
am 11.11.2011

**Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr**

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Anerkennung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift 179-8/2011 vom 21.10.2011
- 4 61/ 78/2011 Gutachterverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung  
-südlich Paulsmühlenstraße-  
Auslobungstext
- 5 179/ 143/2011 Bau- und Finanzierungsbeschluss zum Ausbau der öffentlichen Grünanlage Ickerswarder Straße / Bahlenstraße
- 6 179/ 136/2011 Anfrage: Zusatzfragen Friedhof Itter, geplante Wohnbebauung  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -
- 7 179/ 142/2011 Anfrage: Kreuzung Kappeler Str. / Nürnberger Str.  
- Herr Welski, Bü90/Die Grünen -
- 8 179/ 152/2011 Anfrage: Radwegbenutzungspflicht / -beschilderung  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -
- 9 179/ 153/2011 Anfrage: Vorampel Abfahrt Frankfurter Str./Bahnhof Benrath  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -
- 10 179/ 150/2011 Antrag: Kreuzung Ickerswarder / Münchener Straße  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -
- 11 179/ 151/2011 Antrag: Haltestelle Corellistraße  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -
- 12 179/ 154/2011 Antrag: Hinweisschild auf der Trillser Straße : "Achtung spielende Kinder"  
- Herr Retza, SPD -
- 13 179/ 144/2011 Antrag: Verfügungsmittel Selma Lagerlöf Schule, "Die Große Nein Tonne" und "Mein Körper gehört mir"  
-interfraktionell-
- 14 179/ 148/2011 Antrag: Verfügungsmittel LT Düsseldorf-Süd e.V., 4. Benrather Schloss Lauf  
-interfraktionell-
- 15 179/ 149/2011 Antrag: Verfügungsmittel Förderverein Adolf-Klarenbach-Grundschule  
- interfraktionell -
- 16 Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2012

Anwesend:

**Mitglieder der Bezirksvertretung**

Herr	Angerhausen	CDU
Herr	Blumenrath	CDU
Frau	Brockhaus	CDU
Frau	Geller	CDU
Herr	Gelshorn	SPD
Herr	Dr. Graf	CDU
Herr	Gronemeier	FDP
Herr	Hampe	CDU
Herr	Reichert	Freie Wähler
Herr	Retza	SPD
Herr	Ringleb	CDU
Herr	Schardt	Bü 90/ Grüne
Herr	Schmidt	SPD
Herr	Dr. Schork	FDP
Herr	Schuth	CDU
Frau	Verhofen	CDU
Frau	Wegner	SPD
Herr	Welski	Bü 90/ Grüne

**vom Rat**

Ratsfrau	Bellstedt	Bü 90/ Grüne
Ratsfrau	Benninghaus	SPD
Ratsherr	Lukaschewski	CDU
Ratsfrau	Mohrs	SPD
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsfrau	Wiedbrauk	CDU
Ratsfrau	Wien-Mroß	SPD

**Verwaltung**

Herr Laferi	Stadtplanungsamt
Herr Gürich	Stadtplanungsamt
Herr Richarz	Garten-, Friedhofs- und Forstamt

**Sonstige Teilnehmer**

Frau Vaassen	Seniorenbeirat
Herr Fischer	Behindertenbeirat
Herr Tischendorf	Jugendrat
Herr Mehner	Bezirksverwaltungsstelle 9
Herr Wirtz	Bezirksverwaltungsstelle 9

**Presse**

Frau Everts	Westdeutsche Zeitung
Herr Bussang	Rheinische Post

**Öffentlicher Teil**

**1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Bezirksvorsteher Schuth** begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## 2 **Anerkennung der Tagesordnung**

**Herr Mehner** bittet, den TOP 5 vor dem TOP 4 zu behandeln. Er weist darauf hin, dass die Anfrage TOP 8 zur heutigen Sitzung nicht beantwortet werden könne und bittet, als TOP 16 den Punkt „Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2012“ auf die Tagesordnung zu nehmen. Weiterhin sei die von Herrn Schardt gestellte Anfrage zur Strafverfolgung im Bereich des Bahnhofs Benrath, Ausgang Paulsmühlenstraße nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen worden, da hierzu verschiedene externe Stellen gehört werden müssten und deren Antworten erfahrungsgemäß nicht kurzfristig erfolgten.

## 3 **Genehmigung der Niederschrift 179-8/2011 vom 21.10.2011**

Die Bezirksvertretung 9 genehmigt die Niederschrift 179-8/2011 vom 21.10.2011.

## 4 **Gutachterverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung -südlich Paulsmühlenstraße- Auslobungstext 61/ 78/2011**

**Herr Gürich** stellt im Rahmen einer Power-Point-Präsentation den Auslobungstext für das Gutachterverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung vor.

**Ratsfrau Benninghaus** erkundigt sich, in welcher Form die Öffentlichkeit über die verschiedenen geplanten Termine unterrichtet werde. Die Veranstaltungen sollten unbedingt in der Nähe des Plangebietes stattfinden.

**Herr Gürich** erklärt, dass die Termine in der Presse veröffentlicht würden. Darüber hinaus würden Plakate aufgehängt und Flyer verteilt. Denkbar wäre, die Veranstaltungen im Bürgerhaus Benrath durchzuführen.

**Herr Welski** weist darauf hin, dass mit der Schließung des Nirosta-Werkes an der Hildener Straße zum Jahresende 2015 der Gleisanschluss, der unmittelbar am Plangebiet vorbeilaufe, nicht mehr benötigt werde. Es sollte dann doch die Gelegenheit genutzt werden, das Gleis und insbesondere die Gütergleisbrücke rückzubauen.

Weiterhin fragt **Herr Welski** nach, ob der Stellplatzschlüssel angesichts der sehr guten Anbindung an den ÖPNV reduziert werden könne.

Hinsichtlich des Gleisanschlusses erinnert **Herr Gürich** daran, dass die Entscheidung über einen Rückbau ausschließlich bei der Deutschen Bahn liege. Beim Stellplatzschlüssel habe man sich an den Richtzahlen der BauO NRW orientiert. Über die Regelung der BauO hinaus seien für Besucher 0,25 Stellplätze je Wohneinheit festgelegt worden.

**Frau Vaassen** spricht sich dafür aus, den 15prozentigen Anteil förderfähigen Wohnraums zu erhöhen. Es müsse der Tatsache Rechnung getragen werden, dass zahlreiche Rentner über ein nur geringes Einkommen verfügen würden und im Besitz eines WBS seien.

**Herr Gürich** entgegnet, dass dieser Prozentsatz eine Vorgabe des Wohnungsamtes sei. Im Übrigen liege der Anteil förderfähigen Wohnraums in den meisten Neubaugebieten niedriger.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 wird hiermit gem. § 3 Abs. 10 Nr. 3 der Bezirksatzung zum Auslobungstext für das Gutachterverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung - Südlich Paulsmühlenstraße - angehört und empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung eine vorlagegemäße Beschlussfassung.**

**5 Bau- und Finanzierungsbeschluss zum Ausbau der öffentlichen Grünanlage Ickerswarder Straße / Bahlenstraße  
179/ 143/2011**

**Bezirksvorsteher Schuth** schlägt vor, nach der Vorstellung der Ausbauplanung die Sitzung für Fragen von Bürgern zu unterbrechen. Die Bezirksvertretung signalisiert Zustimmung.

**Herr Richarz** stellt die Ausbauplanung vor. Er erklärt, dass bei einem günstigen Submissionsergebnis vorgesehen sei, mit dem eingesparten Geld den Trampelpfad am westlichen Rand der großen Wiese zusätzlich auszubauen. Hierfür bitte er vorab um die Zustimmung der Bezirksvertretung. Die Bezirksvertretung erklärt sich einverstanden.

**Bezirksvorsteher Schuth** unterbricht von 16:23 bis 16:30 Uhr die Sitzung, damit Fragen von Bürgern beantwortet werden können.

**Herr Richarz** sichert zu, mit den Anliegern und der Politik vor Ort einen Ortstermin durchzuführen, um Einzelheiten des Ausbaus zu erläutern und abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 09 beschließt die Finanzierung und den Ausbau der öffentlichen Grünanlage Ickerswarder Straße / Bahlenstraße im Stadtteil Wersten – 1. Bauabschnitt**

**Kosten 1. Bauabschnitt: 100.000,00 Euro**

**Auftragssachkonto: Produkt 055 554 010 M 01330011 Sachkonto 7831000**

**6 Anfrage: Zusatzfragen Friedhof Itter, geplante Wohnbebauung  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -  
179/ 136/2011**

Frage 1)

Wie sind die Überlegungen, einen Teil der nicht benötigten Erweiterungsfläche des Friedhofs Itter als Wohnbauflächen vorzuhalten, mit der Bewertung laut Grünordnungsplan (Stadt Düsseldorf 1987), dass das Freiflächendefizit unter anderem in Holthausen etwa 10 bis 20 % und in Wersten 25 bis 30 % beträgt, in Einklang zu bringen- konkret, wo sind ggf. ortsnahe Ausgleichsmaßnahmen, z.B. Entsiegelungen vorgesehen?

Frage 2)

Ist es sinnvoll, neue Wohnungsbauflächen in einem Bereich auszuweisen, der,

bedingt durch die Hauptwindrichtung, den Lärm- und Abgasemissionen der Münchener Straße ausgesetzt ist?

Frage 3)

Liegen für die im Verkehrsentwicklungsplan ungefähr auf der Höhe des früheren beampelten Übergangs angedeutete Querung der Münchener Straße im Zuge der übergeordneten Fuß- und Radwegverbindung bereits konkrete Planungen welcher Art vor; wenn nein, ist wann damit zu rechnen?

Herr Mehner beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1)

Die Versorgung mit öffentlich nutzbaren Grünflächen in Holthausen und Wersten konnte seit 1987 durch Ausbau und Erschließung des Grünzugs Itter / Holthausen / Wersten sowie der kleineren Grünzüge in Wersten verbessert und damit ehemalige Defizite abgebaut werden. Der Südwesten der beiden Stadtteile ist zudem durch eine gute Versorgung mit privatem und gemeinschaftlich nutzbarem Grün geprägt. Eine Wohnbebauung im Bereich der ehemals geplanten Erweiterung des Friedhofs Itter würde zwar zu Lasten des Freiraums gehen, sich aber auf die Versorgung mit öffentlichem Grün zur Erholungszwecken insofern nicht negativ auswirken, als die bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen nicht Teil der Bilanz waren.

Zu Frage 2)

Für die in Rede stehenden Fläche liegen keine konkreten Planungen vor. Planungen mit einem solchen Ziel sind erst denkbar, wenn über die „Flächenentwicklung für die kommunalen Friedhöfe der Landeshauptstadt Düsseldorf“ abschließend beraten wurde.

Dessen ungeachtet werden für mögliche zukünftige Planungen neuer Wohnbauflächen die standortspezifischen Umweltbelange grundsätzlich berücksichtigt. Insofern ist sichergestellt, dass bei Neuplanungen auch die Lärm- und Luftsituation mit den entsprechenden Schutzmaßnahmen adäquat in den Abwägungsprozess eingestellt werden.

Zu Frage 3)

Die Fußgänger- und Radwegequerungen der Münchener Straße im o.g. Bereich ist im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) als Maßnahme mit der Priorität 3 enthalten.

Auf Grund höher priorisierter Maßnahmen des VEP wurden hierzu bisher keine Planungen aufgenommen. Gelder stehen im Haushaltsplan nicht zur Verfügung.

Die Wohnbaumaßnahmen in Itter und Himmelgeist sind noch nicht abgeschlossen – über eine Wohnbebauung in Holthausen im Bereich der Friedhofserweiterungsfläche ist bisher noch nicht entschieden. Daher ergibt sich derzeit aus verkehrsplanerischer Sicht kein Handlungsbedarf. Ansonsten wird auf die Querung im Bereich der Ickerswarder und der Itterstraße verwiesen.

**Herr Welski** merkt an, dass es nicht nur darum gehe, öffentliche Grünflächen zu erhalten bzw. zu schaffen, sondern auch Freiflächen zu erhalten bzw. zu schaffen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an einen im Flächennutzungsplan als Freifläche dargestellten Bereich (heutiger Ernst-Abbe-Weg), der später bebaut

worden sei.

**7           Anfrage: Kreuzung Kappeler Str. / Nürnberger Str.  
- Herr Welski, Bü90/Die Grünen -  
179/ 142/2011**

Frage 1)

Welche Konsequenzen zieht die Verwaltung aus dem Freispruch eines LKW-Fahrers, der im Oktober 2010 an einem Unfall mit Todesfolge (Radfahlerin) an der Kreuzung Kappeler Straße / Nürnberger Straße beteiligt war, zumal sich das Revisionsurteil laut RP-Artikel vom 20.08.2011 unter anderem auf die durch einen Gutachter gemachte Aussage stützt, der Kreuzungsbereich sei „sehr unübersichtlich“?

Frage 2)

Ist theoretisch sichergestellt, dass es bei einem ähnlichen Abbiegevorgang keinen „toten Winkel“ gibt, der LKW-Fahrer/-innen einen Blick auf nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer/-innen, die vorschriftsmäßig die ihnen zugewiesenen Verkehrsflächen benutzen, verwehrt?

Frage 3)

Sieht, wenn Frage 2) verneint wird, die Gesetzeslage bestimmte Sicherheitsvorkehrungen für die Weiterfahrt an Stellen wie hier vor, ähnlich wie bei nicht einsehbarem Bürgersteig an Hofeinfahrten?

Zu 1)

Aus Sicht der Verwaltung sowie der Polizei kann der Richterspruch, der Knotenpunkt sei „sehr unübersichtlich“, nicht nachvollzogen werden. Der Straßenraum ist durch seine Geometrie und die angrenzenden Privatgrundstücke zwar beengt, jedoch sind hier keinerlei Einbauten vorhanden, die die Sicht einschränken würden. Die Verkehrsflächen genügen den fahrgeometrischen Notwendigkeiten der dort verkehrenden Fahrzeuge.

Aus verkehrsplanerischer Sicht handelt es sich bei dem genannten Unfall um einen Einzelfall. Im Zeitraum vom 01.01.2010-30.09.2011 haben sich überwiegend Unfälle mit Sachschäden ereignet. Neben der tödlichen verletzten Radfahlerin sind zwei leicht Verletzte zu verzeichnen.

Trotz des einen Unfalls mit Todesfolge ist die Unfalllage somit, sowohl was die Anzahl als auch die Auswirkungen angeht, als kaum auffällig zu bezeichnen und nicht als Unfallopfersammlungspunkt eingestuft. Die Unfall verursachenden Fahrzeugführer verteilen sich auf PKW und LKW im Verhältnis 1:1. Lediglich bei einem der Unfälle war ein Fußgänger beteiligt.

Eine Aufweitung des Knotenpunktes, um mehr Platz zu schaffen, ist auf Grund der Grundstücksverhältnisse zzt. nicht möglich. Im Nordwesten der Kreuzung sind Freiflächen eines Einzelhandelsunternehmens vorhanden, allerdings in privatem Besitz.

Zu 2)

Die Einschätzung von „toten Winkeln“ liegt in der Verantwortung der Fahrzeugführer, obliegt darüber hinaus den Fahrzeugherstellern und kann von Seiten der Verkehrsplanung oder der Polizei nicht beurteilt werden. Der Straßenraum wird durch die örtlichen Platzverhältnisse bestimmt, auf die sich der Verkehrsteilnehmer einstellen muss. Ein Anspruch auf Flächen, die uneingeschränkt nur einer Verkehrsteilnehmerart zur Verfügung stehen, kann es hier auf Grund der vorgenannten örtlichen Situation und der vielfachen Verkehrsvorgänge nicht geben.

Zu 3)

In der Regel sind sogenannte Sichtdreiecke an Einfahrten, Einmündungen usw. durch Einbauten frei zu halten. Dies gilt insbesondere an nicht signalisierten Kreuzungen, um frühzeitig mögliche Konfliktverkehre zu erkennen.

Bei der genannten Örtlichkeit handelt es sich um einen signalisierten Knoten. Konfliktverkehre werden hier bereits durch die entsprechenden signaltechnischen Regelungen gegeneinander gesichert (Ausnahme hier: Geradeausfahrer und entgegengerichtete Linksabbieger sowie Rechtsabbieger und geradeaus fahrende Radfahrer). Die Maßstäbe, die an nicht signalisierten Knoten gelten, sind auch hier eingehalten.

Zu „Begründung“:

Die Kreuzung befindet sich inmitten eines Gewerbegebietes. Ein Abbiege- oder Durchfahrverbot für LKW lässt sich aus diesem Grunde hier, wie auch an vielen anderen ähnlich strukturierten Knotenpunkten, nicht durchsetzen.

Ein Verkehrszeichen als Warnhinweis für die Knotenpunktzufahrten ist nach StVO nicht vorgesehen. „Fantasieschilder“ wecken hingegen Begehrlichkeiten, deren Durchsetzung weder gewährleistet werden kann noch rechtlich durchsetzbar ist.

**Herr Welski** fragt, ob ein Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt worden sei.  
**Herr Mehner** entgegnet, dass dies nicht bekannt sei.

**8      Anfrage: Radwegbenutzungspflicht / -beschilderung  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -  
179/ 152/2011**

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

**9      Anfrage: Vorampel Abfahrt Frankfurter Str./Bahnhof Benrath  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -  
179/ 153/2011**

1)

Besteht die Möglichkeit, das immer noch bestehende Signal „40“ in der Vorampel an der Frankfurter Str. am Bahnhof Benrath, versuchsweise abzuschalten und stattdessen das Dauerblinklicht eingeschaltet zu lassen?

2)

Wäre es nicht zweckmäßig, ab der Vorampel oder der davor stehenden Laterne

„Tempo 30“ oder weniger auszuweisen?

Herr Mehner beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu 1)

Eine Umrüstung zum Dauerblinken ist auf Grund der überalterten Anlagentechnik nicht herstellbar.

Zu 2)

Der gesamte Abfahrtbereich wurde in 2009 in Zusammenarbeit mit der BV 9, einer Elterninitiative, der Polizei und der Rheinbahn optimal entschärft. Neben der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h wurden neue Richtungstafeln sowie dicke Absperrpoller in Abgrenzung zur Haltestelle installiert. Die Fahrbahn erhielt neue Blockmarkierungen und der gesamte Kiss + Ride- Platz wurde mit einer zusätzlichen Sperrfläche verdeutlicht. Weitere Beschränkungen sind weder situationsbedingt notwendig noch der Örtlichkeit angemessen. Der Fahrzeugführer hat i.ü. nach § 3 StVO seine Geschwindigkeit u.a. den Sicht- und Wetterverhältnissen anzupassen. 40 km/h ist daher hier die unter günstigsten Umständen erlaubte **Höchstgeschwindigkeit**.

**10 Antrag: Kreuzung Ickerswarder / Münchener Straße  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -  
179/ 150/2011**

**Herr Ringleb** spricht sich dafür aus, geeignete Maßnahmen prüfen zu lassen.

**Herr Welski** als Antragsteller lehnt dies ab.

**Herr Hampe** bittet, gleichzeitig auch die Unebenheiten in der Fahrbahn im Kreuzungsbereich zu beseitigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung, im Bereich der Kreuzung Ickerswarder Straße / Münchener Straße in Fahrtrichtung Himmelgeist**

**1) zu prüfen, ob kurzfristig Aufstellflächen für Radfahrer/-innen an folgenden Stellen markiert werden können:**

**a) links neben der kleinen Mittelinsel zwischen Rechtsabbiege- und Geradeausspur**

**b) hinter der jetzigen Haltelinie der Geradeausspur;**

**2) um Angabe der geschätzten Kosten für:**

**a) die Installation einer Fußgängerampel an geeigneter Stelle**

**b) die Anlage einer kompletten Furt für Fußgänger/-innen an der Nordseite der Kreuzung.**

**11 Antrag: Haltestelle Corellistraße  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -  
179/ 151/2011**

**Herr Dr. Graf** schlägt vor, den Antrag als Prüfantrag zu beschließen, da ein Ausbau der Haltestelle ohnehin mittelfristig vorgesehen sein könnte.



Da kein Widerspruch erfolgt, lässt **Bezirksvorsteher Schuth** über den Antrag als Prüfantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung**

- 1) um Prüfung, ob an der Bushaltestelle „Corellistraße“ möglichst kurzfristig Sitzmöglichkeiten, ähnlich wie an der Haltestelle „Regerstraße“, installiert werden können.
- 2) um eine Information, wann die zurzeit noch provisorisch angelegte Haltestelle beidseitig ausgebaut und ggf. mit einem Wetterschutzhäuschen versehen wird.

- 12 **Antrag: Hinweisschild auf der Trillser Straße : "Achtung spielende Kinder" - Herr Retza, SPD - 179/ 154/2011**

**Bezirksvorsteher Schuth** bittet, in den Antrag auch die Ansbacher Straße aufzunehmen. Hier würden 15 Kinder wohnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung, sowohl am Anfang der Trillser Straße als auch der Ansbacher Straße jeweils ein Hinweisschild „Achtung spielende Kinder“ anzubringen.**

- 13 **Antrag: Verfügungsmittel Selma Lagerlöf Schule, "Die Große Nein Tonne" und "Mein Körper gehört mir" -interfraktionell- 179/ 144/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Selma Lagerlöf Schule aus bezirklichen Verfügungsmitteln 2012 einen Zuschuss, als Festbetrag, in Höhe von 500,-- €, zweckgebunden für die Theaterstücke „Die große Nein Tonne“ und „Mein Körper gehört mir“ am 02., 06. und 13.02.2012.**

- 14 **Antrag: Verfügungsmittel LT Düsseldorf-Süd e.V., 4. Benrather Schloss Lauf -interfraktionell- 179/ 148/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem LT Düsseldorf-Süd e.V. aus bezirklichen Verfügungsmitteln 2012 einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 2.000,-- € zweckgebunden für Werbemaßnahmen (Druck von Broschüren, Plakaten und Flyern) für den 4. Benrather Schloss Lauf 2012.**

**15 Antrag: Verfügungsmittel Förderverein Adolf-Klarenbach-Grundschule  
- interfraktionell -  
179/ 149/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem Förderverein der Adolf-Klarenbach-Grundschule aus bezirklichen Verfügungsmitteln 2012 einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 500,00 € zweckgebunden für die Aufführung des Theaterstückes „Mein Körper gehört mir“ am 07., 14. und 21. Mai 2012.**

**16 Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2012**

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen (9 CDU, 3 SPD, 2 Bü90/Die Grünen,  
2 FDP)  
1 Nein-Stimme (SPD)  
1 Enthaltung (FW)

**Abweichend von der Tischvorlage beschließt die Bezirksvertretung 9 nachstehend aufgeführte Sitzungstermine:**

**27.01.2012  
24.02.2012  
30.03.2012  
11.05.2012  
29.06.2012  
07.09.2012  
26.10.2012 (Etatberatung)  
23.11.2012  
14.12.2012**

**Die Sitzungen der Bezirksvertretung 9 finden im Sitzungssaal des Rathauses Benrath, Benrodestraße 46, 40597 Düsseldorf statt und sollen nach Möglichkeit um 16:00 Uhr mit dem öffentlichen Teil beginnen.**

**Ende der öffentlichen Sitzung: 17:14 Uhr**

**Heinz-Leo Schuth**  
Bezirksvorsteher

**Wolfgang Retza**  
Bezirksvertreter

**Wolfgang Mehner**  
Leiter Bezirksverwaltungsstelle

**Wolfgang Wirtz**  
Schriftführung